



Braunschweig, den 19. Januar 2022

PRESSEMITTEILUNG

Haushalt 2022: Mehr Sozialarbeiter*innen und Ganztagsbetreuung an Braunschweiger Schulen

Braunschweig soll ein erweitertes Angebot der Schulkindbetreuung und mehr Schulsozialarbeiter*innen erhalten – so wollen es die Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen und stellen entsprechende Anträge zum Haushalt 2022. „Übergangsweise soll an Grundschulen, die noch keine kooperativen Ganztagschulen sind, die Schulkindbetreuung von 60 auf 80 Prozent ausgedehnt werden. Dafür werden jährlich mindestens 200 neue Betreuungsplätze geschaffen“, erklärt Annette Schütze, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses. „Ab dem Jahr 2026 greift ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder. Wir möchten so den Schulen einen Übergang ermöglichen, um sich geordnet in eine Ganztagschule umwandeln zu können.“

Um zusätzlich die Angebotsqualität in der Schulkindbetreuung zu verbessern, soll in den Jahren 2022 und 2023 die Mindestbetreuungszeit von zwei Stunden auf zweieinhalb Stunden stufenweise erhöht werden. „Wir möchten, dass noch in diesem Jahr bis zu 50 Prozent der vorhandenen Gruppen in 15:30-Uhr-Gruppen umgewandelt werden. Zum Schuljahr 2023/24 werden die Gruppen dann vollständig aufgestockt“, so Felix Bach, Sprecher für Kinder und Jugend der Grünen Ratsfraktion. „Dementsprechend müssen aber auch die Öffnungszeiten angepasst werden, was auch für Gruppen gilt, die momentan bis 16:00 Uhr und 17:00 Uhr betreut werden.“ Dies würde es auch ermöglichen, die Wochenstunden für Betreuer*innen zu erhöhen und somit die Teilzeitstellen attraktiver zu machen.

Neben der Erweiterung der Schulkindbetreuung an den Grundschulen soll der Stufenplan der kommunalen Schulsozialarbeit an allen weiterführenden Schulen schneller umgesetzt werden. Dazu soll der jährliche Stellenausbau, wie in der rot-grünen Kooperationsvereinbarung festgelegt, verdoppelt werden. Bis 2025 sollen insgesamt 13 weitere Vollzeit-Stellen für Schulsozialarbeiter*innen geschaffen werden. Darüber hinaus regen die Fraktionen an, auch an Grundschulen in sozial benachteiligten Stadtteilen Stellen für Schulsozialarbeiter*innen zu schaffen.